

Das Land Bremen-Niedersachsen

von Tanja Herrmann

Geschichte

- 2008 Auf einer geheimen Sitzung treffen hohe Vertreter Niedersachsens und Bremens zusammen. Bei diesem mehrere Tage dauernden Treffen wird ein gemeinsames Konzept zum Zusammenschluss beider Länder erarbeitet.
- 2013 Ein Jahr vor den Senatswahlen in Bremen, bei denen der regierenden SPD-Fraktion eine herbe Niederlage vorausgesagt wird, und kurz nach den Wahlen zum niedersächsischen Landtag vereinigen sich die beiden SPD-geführten Bundesländer aufgrund des gemeinsam erarbeiteten Konzeptes. Hannover wird Landeshauptstadt des Bundeslandes, das sich jetzt Bremen-Niedersachsen nennt; im Gegenzug wird Bremen ein Sonderstatus als Freihandelszone zugesichert.
- 2014 Die Niederlage der SPD-Fraktion bei der Bremer Senatswahl fällt schlimmer aus als alle Prognosen vorher sagten. Die CDU unter Führung von Wolfgang Rühle wird mit über 60% stärkste Fraktion im ehemaligen Bundesland Bremen, die SPD spielt mit nur knapp über 10% Stimmenanteil kaum noch eine bedeutende Rolle in der Bremer Politik.
- 2016 Auf einem Treffen der ehemaligen Hansestädte Bremen, Hamburg, Lübeck und Rostock kommt es zu einer Wiederbelebung der Hanse-Idee; alle vier Städte schließen sich im „Handelsverbund deutscher Hansestädte“ zusammen. Bremen verspricht sich davon eine Stärkung der wirtschaftlichen Lage.
- 2018 In der ersten landesweiten Wahl geht die CDU-Fraktion unter der Führung von Christian Wulff als knapper Sieger hervor. Zusammen mit dem niedersächsischen Ableger der Hamburger Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Schill-Partei, PRO) stellt sie die erste gemeinsam gewählte Regierung Bremen-Niedersachsens.
- 2023 Christian Wulff wird ohne die Stimmen der PRO als Ministerpräsident wiedergewählt und stellt fortan mit der CDU die alleinige Regierungsfraktion. Zum sogenannten „Sicherheitsminister“ wird Wolfgang Rühle ernannt; unter seiner Führung werden Innen- und Justizministerium vereint. Landesweit kommt es zu großen Protesten, gegen die mit größter Härte vorgegangen wird. In den Medien werden lediglich vereinzelte kleine, aber gewalttätige Demonstrationen erwähnt. Die SPD-Fraktion verweist auf etliche Opfer aufgrund polizeilicher Gewaltanwendung.
Die CDU-Regierung verteidigt die Vorgehensweise und beschuldigt die SPD der Organisation von gewaltsamen Demonstrationen. Ein Untersuchungsausschuss unter der Leitung von Sicherheitsminister Wolfgang Rühle befasst sich mit den Vorwürfen.
In der Folge des Terroranschlags auf das ALSA-Werk in Bochum wird über Südniedersachsen der Ausnahmezustand verhängt. Weite Teile Niedersachsens werden von der atomaren Strahlung erfaßt, besonders schwer betroffen sind die Gebiete um Hameln und Hildesheim sowie der Landkreis Osnabrück. Nördlich dieser Städte werden Straßensperren errichtet.
Die Flüchtlingswelle aus den betroffenen Gebieten erreicht schon in den folgenden Tagen die Demarkationslinie, es kommt vielerorts zu Panik unter den Flüchtlingen und zu Erschießungen durch die Sicherheitskräfte. Es werden Auffanglager eingerichtet, in denen die weniger verseuchten Flüchtlinge die Erlaubnis zur Weiterreise in die eilig nach dem Vorbild Berlin-Brandenburgs eingerichteten „Nuklearen Quarantäne-Zonen (NQZs)“ der Städte Bremen, Göttingen und Hannover beantragen können. Stark verseuchte Personen werden den Lagern in Osnabrück und Umgebung zugewiesen.
Im Wendland kann ein schwer bewaffneter Überfallversuch der AKV auf das weltweit größte atomare Endlager in Gorleben vereitelt werden und somit auch der Raub etlicher Tonnen waffenfähigen Plutoniums. Der Überfall kostet die AKV eine erhebliche Anzahl ihrer Mitglieder. Insgesamt kommen bei diesem Überfall über 150 Menschen ums Leben.
- 2024 Die Bundesrepublik Deutschland existiert nicht mehr.
Zusammen mit den Ministerpräsidenten von Berlin-Brandenburg, Hamburg-Lübeck, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt gründet Niedersachsen am 23. Mai im Vertrag von Potsdam die „Allianz Norddeutscher Länder“.
Die Demarkationslinie wird aufgehoben. Hameln, Hildesheim und Osnabrück erhalten den Status „bedingt bewohnbar“. In Osnabrück steigt die Zahl der Personen ohne ID durch nicht registrierte Flüchtlinge.
- 2025 Die CDU Bremen-Niedersachsen spaltet sich von der Mutterpartei ab und benennt sich in „Nordwest-Union“ (NWU) um, ihren Vorsitz übernimmt der immer noch amtierende Ministerpräsident Christian Wulff, sein Stellvertreter wird wie erwartet Wolfgang Rühle.
Landespolizei und LKA werden nach dem Vorbild Berlin-Brandenburgs aus dem Jahre 2016 privatisiert, Hauptanteilseigner der „Polizei Bremen-Niedersachsen AG“ wird mit 40% die Sichtec AG, gefolgt von der

Landesregierung mit 25% und dem AWD-Europe-Konzern mit 15%, die restlichen 20% verteilen sich auf etwa ein Dutzend weiterer Investoren. Das Sozialsystem kollabiert aufgrund der hohen Zahl kranker, geschädigter und erwerbsloser Flüchtlinge. Die Landesregierung erläßt ein Dekret, nach dem nur noch Leistungen beziehen kann, wer eine ID der Allianz besitzt und außerdem erwerbstätig oder mindestens seit 2022 in Bremen-Niedersachsen ansässig ist.

- 2028 Kurz vor den Landtagswahlen kommt der 2023 eingesetzte Untersuchungsausschuss zu der Erkenntnis, die SPD habe zur Organisation der bewaffneten Demonstrationen beigetragen. Ein landesweites Verbotsverfahren wird noch vor Beginn der Wahlen eingeleitet. Es kommt zu zahlreichen Demonstrationen, die aber überwiegend friedlich bleiben. Christian Wulff wird bei extrem niedriger Wahlbeteiligung zum zweiten Mal als Ministerpräsident wiedergewählt. Die NWU vereinigt weit über 70% aller Stimmen auf sich, die SPD wird einzige Oppositionspartei; alle anderen Parteien werden auf Landesebene bedeutungslos. Die „Potsdamer Gesetze“ finden aufgrund der Flüchtlingsproblematik wenig Beachtung und werden nur in politischen Randgruppen diskutiert. Eine neue Sozialgesetzgebung tritt in Kraft: Die Sozialhilfe wird abgeschafft, es wird nur noch eine medizinische Minimalversorgung unter den Bedingungen von 2025 sichergestellt. Das Schulwesen wird komplett privatisiert, Marktführer wird der nordamerikanische Mischkonzern Omni Consumer Products (OCP). Die Feuerwehr bleibt in staatlicher Hand, wird aber auf ein absolutes Minimum reduziert.
- 2029 Das Verbotsverfahren gegen die SPD kommt unerwartet schnell zum Abschluss. Die SPD wird vom Staatsgerichtshof Bremen-Niedersachsen für verfassungswidrig erklärt. Die NWU wird somit praktisch zur einzigen Partei des Landes. Erneut kommt es landesweit zu schweren gewaltsamen Auseinandersetzungen und erbitterten Straßenschlachten mit mehreren hundert Toten und tausenden Verletzten. Christian Wulff gibt bekannt, 2033 nicht mehr als Ministerpräsident zur Verfügung zu stehen; sein Nachfolger wird Klaus Hoffmann.
- 2030 Die Sichtec AG wird Mehrheitsaktionär der Polizei Bremen-Niedersachsen AG, die kurz darauf aufgelöst und als Sichtec AG Bremen-Niedersachsen neu gegründet wird.
- 2031 Europas größter Finanzdienstleister AWD übernimmt 70% der Anteile des DATEV-Konzerns und firmiert in Zuge der friedlichen Übernahme in AWD-Datec AG um.
- 2032 In Folge der Übernahme verlegt AWD-Datec die meisten großen Standorte der DATEV e.G. in die Allianzländer, vornehmlich Bremen-Niedersachsen.
- 2034 Aufkommende Gerüchte, AWD hätte mit erheblichen staatlichen Mitteln der Allianz Norddeutscher Länder und Dänemarks den DATEV-Konzern übernommen, können nicht weiter konkretisiert werden. Auf einer diesbezüglichen Großdemonstration in Hannover kommen beim Eingreifen von AWD-Konzerneinheiten und Sichtec mehrere Dutzend Demonstranten ums Leben.
- 2041 Die durch das Ullman-Virus herbeigeführten Börsencrashes erfassen auch Bremen-Niedersachsen; es kommt zu einer ausgeprägten Rezession, die Börsenkurse fallen ins Bodenlose. Das gerade wieder erstarrende Land leidet besonders unter diesem Schlag.
- 2056 Die Warnungen des Meeresbiologischen Institutes vor der Gefährdung durch den Anstieg des Meeresspiegels finden aufgrund der sozialen Probleme wenig Gehör.
- 2058 Die durch starke Seebeben ausgelöste Flutwelle überschwemmt weite Teile der niedersächsischen Küste. Der Flut fallen hunderte Menschen zum Opfer, vor allem in der immer noch bestehenden NQZ im Raum Bremen sind die meisten Opfer zu beklagen. Es kommt zu erheblichen Landverlusten: Wilhelmshaven, Emden und Bremerhaven versinken im Meer. Die folgende Flüchtlingswelle verstärkt die sozialen Probleme erneut.
- 2061 Der Zusammenbruch der Matrix führt das Land an den Rand des Chaos. Es kommt in den Ballungszentren zu Plünderungen und bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften, bei denen ca.1.500 zumeist nicht registrierte Menschen sterben.
- 2071 Die neu auf den Markt gekommene Droge Ikarus verbreitet sich rasend schnell. Besonders in den Ballungsräumen kommt es bis zum Ende des Jahres zu vielen Drogentoten.
- 2077 Im Vorfeld der 2078 stattfindenden Landtagswahlen werden Vorwürfe der Manipulation gegen den Untersuchungsausschuss von 2026 und den ehemaligen Sicherheitsminister Rühle laut. Nach Informationen von diversen oppositionellen Untergrundsändern verfügt eine Splittergruppe der ehemaligen Landes-SPD über Fälschungs- und Manipulationsbeweise der NWU. Es kommt landesweit zu zahlreichen kleinen Protestaktionen, die durch schnelles und hartes Eingreifen der Sichtec aufgelöst werden.
- 2078 Während der Abschlusskundgebung der NWU in der Landeshauptstadt Hannover kommt es zu einem Bombenattentat. Unter anderem fallen der Ehrenvorsitzende Klaus Hoffmann und der Spitzenkandidat Simon

Müller diesem Attentat zum Opfer.

Im folgenden Machtkampf um die Position des Spitzenkandidaten setzt sich Christina von den Bloom durch, die in der folgenden Wahl 80% der Stimmen auf sich vereinigen kann.

- 2079 Das Ermittlungsverfahren zum Bombenattentat von 2078 wird eingestellt. Von der Sichtec AG Bremen-Niedersachsen werden Green-War-Aktivistinnen und Anhänger der verbotenen SPD für den Anschlag verantwortlich gemacht. Es kommt zu zahlreichen, teils willkürlichen Festnahmen von Verdächtigen.
- 2082 Mit Beginn der ersten sogenannten „Green-War-Prozesse“ häufen sich terroristische Anschläge auf Regierungseinrichtungen.
Die dritte Flüchtlingswelle erreicht Bremen-Niedersachsen aus der Russischen Föderation. Viele der Flüchtlinge siedeln sich im Bereich Osnabrück an, da sich hier bereits eine russische Subkultur durch die in den letzten hundert Jahren angesiedelten Aussiedler etabliert hat.
- 2100 In Osnabrück brechen nach dem Verschwinden eines lokalen Fußballstars des VfL Osnabrück schwere Unruhen aus, die von der Sichtec AG Bremen-Niedersachsen blutig niedergeschlagen werden. Ein Distrikt der Friedensstadt steht danach unter quasi-staatlicher Kontrolle der terroristischen Roten Volksarmee (RVA).
- 2103 Der Friedensrat Osnabrücks verfügt die Blockade des seit drei Jahren von der RVA kontrollierten Stadtteils. Über 300.000 Menschen sind ohne Energie und Wasser von der Außenwelt abgeschnitten.
- 2104 Während der mehrtägigen „Belmsker Räumung“ wird nach einjähriger Blockade der „Rote Distrikt“ in Osnabrück auf Anordnung des Friedensrates von der Sichtec AG Bremen-Niedersachsen gestürmt. Zum Preis von hunderten Toten, tausenden Verletzten und zehntausenden Obdachlosen wird der stark zerstörte Stadtteil wieder unter die feste Kontrolle der Plexverwaltung gestellt. Der Wiederaufbau wird Jahre dauern.
- 2105 In Osnabrück beginnen die „Belmsker Verfahren“ gegen die im Zuge der Räumung festgenommenen Aktivistinnen und Sympathisanten der RVA.

Bedeutende Städte

Hannover – Etwa 3,5 Mio. Einwohner; Landeshauptstadt Bremen-Niedersachsens; Konzernzentrale der AWD-Datec AG; bedeutende Unterweltorganisationen sind die indische und die russische Mafia sowie diverse größere Gangs, vor allem in den Stadtteilen Hannover-Linden, Hannover-Roderbruch und Hannover-Vahrenwald. Gehobene Wohngebiete befinden sich in den Stadtteilen Hannover-Zoo, Hannover-Südstadt sowie an den Stadträndern.

Bremen – Etwa 2,5 Mio. Einwohner, Mitglied im „Handelsverbund deutscher Hansestädte“ und Freihandelszone

Osnabrück – Etwa 1,1 Mio. Einwohner; autonome Friedensstadt; großer Einfluß der russischen Mafia.

Göttingen – Etwa 900.000 Einwohner; Universitätsstadt Bremen-Niedersachsens mit Schwerpunktausrichtung auf Matrixforschung und Biotechnologie.

Celle – Etwa 500.000 offizielle Einwohner; im Volksmund besser bekannt unter dem Namen „Die Zelle“; Sitz der Justitia AG des Landes sowie der größten landesweiten Haftanstalt, die offiziell Platz für rund 100.000 Inhaftierte bietet, aber bereits seit Jahrzehnten hoffnungslos überbelegt ist. Immer wieder kommt es zu heftigen Revolten und „die Zelle“ hat sich zu einer nur von außen gesicherten Wucherung innerhalb der Stadt entwickelt. Im Süden von Celle liegt ein großer Stützpunkt der Allianzstreitkräfte.

Lüneburger Heide – Die Region Wendland-Gorleben wurde in ein einziges riesiges Endlager für atomare Abfälle umgewandelt und als militärisches Sperrgebiet deklariert.

Regierung und staatliche Dienstleistungen

Das Land hat die fünfjährige Legislaturperiode beibehalten. Der Landtag wird von allen registrierten Einwohnern über 18 Jahren gewählt. De facto einzige Partei ist die Nordwest-Union (NWU).

Die polizeilichen Aufgaben werden von der Sichtec AG Bremen-Niedersachsen wahrgenommen. Es gibt keine Sozialleistungen, die einzigen staatlichen Leistungen sind eine medizinische Grundversorgung für ordnungsgemäß registrierte Einwohner und eine gerade ausreichende Feuerwehr. Das Schulsystem ist komplett privatisiert und zu 80% in der Hand von Omni Consumer Products (OCP).